



Demonstration am 04.12.2010 in Löcknitz

Anwohner setzen
sich zur Wehr!



Wir machen das schon! Wir kümmern uns darum! – Viel zu oft wurde mit solchen Floskeln versucht, die Bürger entlang der B 104 zu beruhigen. Doch da Wort und Tat bei den Versagern der gehobenen Politik weit auseinander liegen, wurde bis heute keine nachhaltige Lösung herbeigeführt, und das, obwohl seit Einführung der LKW-Maut und somit dem Beginn des Verkehrsproblems mehr als fünf Jahre vergangen sind.

FÜNF JAHRE SIND GENUG!

Fünf Jahre, in denen tagein, tagaus die vorwiegend ausländischen LKWs im Minutentakt durch die eng bebauten Straßen der Ortschaften Strasburg, Papendorf, Pasewalk, Polzow, Zerrenthin, Rossow, Löcknitz und Bismarck rasen.

Seit fünf Jahren kommen Anwohner nicht mehr zur Ruhe, Gesundheitsschäden sind die Folge. Erhöhte Umweltbelastungen schränken zusätzlich die Lebensqualität der Bürger ein.

Fünf Jahre lang werden Häuser und Straßen durch Erschütterungen stark in Mitleidenschaft gezogen. Fehlende Fahrradwege und überhöhte Geschwindigkeiten der LKW-Fahrer verstärken die Unfallgefahr.

Seit fünf Jahren kämpfen Anwohner entlang der Strecke mittels Leserbriefen, Unterschriftensammlungen, offenen Briefen, runden Tischen und persönlichen Gesprächen u.a. mit Verkehrsminister Schlotmann, Ministerpräsident Sellering und dem Bürgerbeauftragten Schubert um eine wirksame Verkehrsberuhigung.

WIRKUNGSLOSE MASSNAHMEN

Im Ergebnis wurden lediglich Verkehrsschilder aufgestellt, die die Brummfahrer zur Geschwindigkeitsreduzierung und Rücksichtnahme auffordern. Doch diese bringen die LKW-Fahrer eher zum Lachen als zum langsamer Fahren.

Auch bei einer eventuellen Einführung einer Maut für die B104 wäre den Anwohnern nicht geholfen. Die Speditionen würden lieber die Maut für die Bundesstraße als für die Autobahn entrichten, weil sie hier aufgrund der kürzeren Strecke einsparen.

Die einzige wirksame Lösung ist deshalb die Schließung des Grenzüberganges Linken

für den schweren, mautpflichtigen LKW-Verkehr. Bei dieser Variante wären keine Ausnahmegenehmigungen für örtliche Speditionen und landwirtschaftliche Fahrzeuge von Nöten. Genauso wenig bräuchte man aufwendige Polizeikontrollen entlang der gesamten Strecke. Ein Kontrollposten am Grenzübergang würde vollkommen ausreichen. Ausländische LKWs wären dann gezwungen, über die Autobahn den Grenzübergang Pomellen zu nutzen.

Trotzdem lehnten Mitglieder von SPD/CDU/LINKE/FDP - unter ihnen auch die in Jatznick beheimatete Landtagsabgeordnete Beate Schlupp - am 2. April 2009 folgenden NPD-Antrag im Schweriner Landtag ab:

FAHRVERBOT ÜBER DEN LKW-FERNVERKEHR AUF DER B 104

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den LKW-Fernverkehr auf der Bundesstraße 104 - Abschnitt von Woldegk über Strasburg, Pasewalk und Löcknitz bis zum Grenzübergang Linken - zu unterbinden und im Benehmen mit dem Bundesverkehrsministerium für den Grenzübergang Linken ein Durchfahrverbot für eigentlich mautpflichtige LKW durchzusetzen.

Als die NPD-Kreistagsfraktion einen fast wortgleichen Antrag auch im Kreistag Uecker-Randow in Pasewalk stellte, lehnten auch hier SPD/CDU/LINKE/FDP-Vertreter diesen Antrag ab. Unter den Ablehnern befanden sich neben den Bürgermeistern von Pasewalk, Strasburg und Löcknitz: Rainer Dambach, Norbert Raulin und Lothar Meistring u.a. die regionalen „Politgrößen“ Patrick Dahlemann, Denis Pinzke, Beate Schlupp, Horst Heiser, Michael Ammon, Rüdiger Behrendt und Michael Busch.

All jene, die es satt haben nur Schwätzern zu vertrauen, sollten sich am 04. Dezember dem öffentlichen Protest in Löcknitz anschließen und die Forderung nach „Schließung des Grenzüberganges Linken für den schweren LKW-Verkehr“ tatkräftig unterstützen!

Treffpunkt:

um 12.30 Uhr vor dem Bürgerhaus in Löcknitz (Parkplatz Marktstraße)!

Beginn: 13.00 Uhr

✉ NPD, Postfach 1138, 17368 Ueckermünde

☎ 039771 - 544358

@ kv-uer@npd-mv.de

www www.npd-mv.de

Hier sprechen wir!

www.npd-mv.de

Unterstützt durch die BI „Schöner und sicherer Wohnen“